

XII. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER
FÜR UNTERRICHT

24 / A.B.

Zl. 030.082 - Parl./70 zu 51/J. Wien, am 26. Juni 1970

Präs. am 2. Juli 1970

An die
Kanzlei des Präsidenten
des Nationalrates

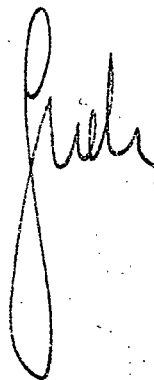
Parlament
1010 W i e n

Die schriftliche parlamentarische Anfrage
Nr. 51/J-NR/70, die die Abgeordneten Landmann und Ge-
nossen am 3. Juni 1970 an mich richteten, beehre ich
mich wie folgt zu beantworten:

Die für das allgemeinbildende Pflichtschul-
wesen zu setzenden Maßnahmen fallen weitgehend in die
Kompetenz der Bundesländer, vor allem die Maßnahmen für
die äußere Gestaltung des allgemeinbildenden Pflicht-
schulwesens. Hiefür kommen nur Anregungen des Bundes-
ministeriums für Unterricht in Betracht: etwa die Koori-
nation der äußeren Entwicklung des Schulwesens durch ent-
sprechende Beratungen der Schulreferenten der Länder bzw.
der Amtsführenden Präsidenten der Landesschulräte; die von
der Enquete über das neunte Pflichtschuljahr in den Poly-
technischen Lehrgängen akzentuierte Frage der Fahrtkosten-
tragung für den Schulbesuch in allgemeinbildenden Pflicht-
schulen; die Einbeziehung auch der Schulen in Berggebieten
in die Schulversuche im Grundschulbereich zur Erzielung
angemessener und ertragreicherer Schulgestaltungen auch in
diesen Gebieten; Maßnahmen zur Aktivierung der Vorschuler-
ziehung gemäß dem entsprechenden Rundschreiben des Bundes-
ministeriums für Unterricht.

Maßnahmen zur inneren Gestaltung der allgemein-
bildenden Pflichtschulen in Berggebieten, für die das
Bundesministerium für Unterricht kompetenzmäßig zuständig

ist, können über die bisherigen Regelungen (etwa im Lehrplan) hinaus nicht beabsichtigt werden, da sie in den Allgemeinen Bestimmungen des Lehrplanes ohnehin schon großzügig gegeben sind.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Friedl', written in a cursive style.